

KLIMA-2 Paris 2015 – Marrakech 2016 – Berlin 2017: Der Schutz unseres Klimas braucht Afrika!

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel), Dietmar Rieth (KV Südwestpfalz), Manfred Seibel (KV Südwestpfalz), Bernd Schumacher, KV Südwestpfalz), Eckard Wiendl (KV Vulkaneifel), Rupertina Engel (KV Mayen-Koblenz), Peter Kallusek (KV Südliche Weinstraße), Elisabeth Bröskamp (KV Neuwied), Uwe Bröskamp (KV Neuwied), Rudi Trossen (KV Bernkastel-Wittlich), Gertrud Weydert (KV Bernkastel-Wittlich), Ronald Maltha (KV Mayen-Koblenz), Marian Engel (KV Mayen-Koblenz), Ulrich Bock (KV Mayen-Koblenz), Michael Henke (Kreisverband Bad Kreuznach), Dr. Natalie Wendisch (KV Ahrweiler);

Tagesordnungspunkt: 2. Klimaschutz

1 Die Weltklimakonferenz von Marrakech hat gezeigt: Klimaschutz funktioniert nur
2 weltweit! Der Kontinent vor unserer Haustür wurde dabei bisher sträflich
3 vernachlässigt. Afrika wird bislang als Absatzmarkt für Überschussprodukte
4 gesehen, die hier keiner haben will und bestenfalls noch als ein großes
5 Potential billigster Arbeitskräfte. Dass auch in Afrika, mit europäischer und
6 deutscher Hilfe, Unterstützung und Technik Klimaschutz betrieben werden kann,
7 haben bisher nur wenige auf dem „Schirm“. Dabei hätten uns die politischen
8 Entwicklungen, die Flüchtlingswellen, die Hungerkatastrophen schon lange zeigen
9 müssen, wo die Probleme liegen und wie die Lösungen aussehen.

10 Viele afrikanische Länder sind schon heute durch die Klimaänderungen
11 (Trockenheit, Ausweitung der Wüsten, Überschwemmungen, Dürren, Missernten)
12 massiv betroffen. Das Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK) kommt
13 seiner Studie „Hotspots of climatechange impacts in sub-Saharan Africa and
14 implications for adaptation and development“¹ zu dem Ergebnis, dass Regionen des
15 Kontinents mit hoher Wahrscheinlichkeit unter mehreren Folgen (Überschwemmungen,
16 Dürren, Missernten) des Klimawandels gleichzeitig leiden werden. Aktuell warnt
17 das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen vor einer drohenden Hungersnot
18 aufgrund einer langanhaltenden Dürre in vier ostafrikanischen Ländern. 20
19 Millionen Menschen sind akut davon bedroht.

20 Das führt bereits heute zu Unruhen, Bürgerkriegen und Kriegen. Die Anzahl der
21 Flüchtlinge aus Afrika – aus diesen Gründen, sowie aus Gründen der zu nehmenden
22 Militarisierung und der kriegesischen Binnen- und zwischenstaatlichen
23 Auseinandersetzungen und auch weil ein einfaches Überleben vielerorts schlicht
24 nicht mehr möglich ist – steigt seit Jahren ständig an und wird noch weiter
25 stark zunehmen, wenn wir nicht schnell und entschieden gegensteuern. TTIP wird
26 von uns zu Recht kritisiert, weil eine Ausbeutung durch US-Konzerne befürchtet
27 wird.

28 Die Industrieländer und zunehmend auch Schwellenländer wie China halten mit
29 ihrer politischen und wirtschaftlichen Macht die afrikanischen Staaten fest im
30 Griff. Auch die EU verfolgt in Afrika harte Wirtschaftsinteressen und lässt
31 vielen afrikanischen Staaten kaum noch Handlungsspielraum. Das zeigt sich
32 besonders bei den Verhandlungen um die Wirtschaftspartnerschaftsabkommen (EPAs).
33 Die EU erpresst die afrikanischen Staaten, die Abkommen zu ratifizieren, obwohl
34 es massiven Widerstand in den Länder selbst gibt.

35 Für uns GRÜNE stehen die verhandelten EPAs im Widerspruch zum Anspruch einer
36 nachhaltigen Entwicklung und passen in ihrem regionalen Zuschnitt nicht zu den
37 Regionalorganisationen, die wir in ihrer Funktion stärken wollen. Sie gefährden
38 die eigen-ständige Ausbildung einer afrikanischen Industrie und die regionale
39 Landwirtschaft. Viele afrikanische Staaten liefern Rohstoffe oft zu Bedingungen,
40 die nichts mit nachhaltiger wirtschaftlicher Entwicklung zu tun haben und ihre
41 Märkte werden mit subventionierten, überflüssigen oder gefährlichen Produkten
42 überflutet. So hat z.B. die örtliche Geflügelzucht gegen unsere
43 hochsubventionierten Hähnchenflügel keine Chance. Die Arbeitsplätze in der
44 dortigen Landwirtschaft gehen dauerhaft verloren, mit drastischen Folgen für die
45 dort lebenden Menschen! In den meisten Ländern südlich der Sahara hat die
46 Nahrungsmittelproduktion in den letzten drei Jahrzehnten auch deshalb nicht mit
47 dem Bevölkerungswachstum Schritt halten können. Weitere Gründe waren die
48 mangelnde Unterstützung der landwirtschaftlichen Entwicklung und die massive
49 Korruption unter den Eliten. Bei deren Bekämpfung wollen wir helfen und den
50 Aufbau einer nachhaltigen, produktiven Landwirtschaft in den Entwicklungsländern
51 unterstützen.

52 Wir GRÜNE wollen daher die Chancen nutzen, die eine global verantwortliche
53 Verbraucherschutzpolitik eröffnet. Sie kann für einen nachhaltigen Konsum und
54 fairen Handel sensibilisieren. Zudem kann sie Druck auf Unternehmen ausüben,
55 damit diese Verantwortung für die Menschen in den Produktionsländern ebenso wie
56 für die Erreichung globaler Klimaschutzziele übernehmen.

57 Fluchtursache Klimawandel

58 Wir GRÜNE setzen uns dafür ein, dass die Bundesrepublik die Klimakrise als
59 Fluchtursache anerkennt. Ziel muss es sein, die Lebensbedingungen in den
60 Herkunftsländern der Flüchtlinge zu verbessern und Fluchtursachen zu bekämpfen.
61 Dazu müssen die westlichen Industrieländer wirtschaftliches Handeln mit der
62 Erreichung von Entwicklungszielen, der Achtung der Menschenrechte und der
63 Einhaltung der internationalen Sozial-, Arbeits-, Umweltschutzabkommen und in
64 Einklang bringen.

65 Wir GRÜNE fordern, dass die Bundesrepublik endlich die auf europäischer Ebene
66 vereinbarten 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens in die
67 Entwicklungszusammenarbeit investiert. Im Rahmen des Klimaanpassungsfonds des
68 Pariser Abkommens müssen zusätzlich Programme für eine klimaverträgliche
69 Entwicklung und die erforderlichen Anpassungen an die Folgen des Klimawandels
70 aufgelegt werden. Im Gegensatz dazu will die aktuelle Bundesregierung Gelder für
71 Pariser Klimaanpassungsfonds auf Budget globale Entwicklungszusammenarbeit
72 anrechnen. Die Entwicklungszusammenarbeit der Industriestaaten und der
73 internationalen Organisationen muss besser koordiniert und wo immer möglich
74 gemeinsam umgesetzt werden.

75 Ruanda hat in Afrika in der Klimapolitik eine Vorreiterrolle, die es zu stärken
76 gilt. So kam es im Oktober 2016 zum Kigali-Abkommen, einem Meilenstein für den
77 Klimaschutz. Das Abkommen, das von den Industriestaaten ein schnelleres
78 Umsteuern verlangt als von Entwicklungsländern, kam nach einem nächtlichen
79 Verhandlungsmarathon in der ruandischen Hauptstadt Kigali zustande.² Der
80 Kompromiss wurde als der größte Erfolg seit dem Ende des Pariser Klimagipfels
81 von Ende 2015 gewertet.³

82 Partnerschaft Ruanda – Rheinland-Pfalz nutzen

83 Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute
84 Voraussetzungen zur Zusammenarbeit, aber auch eine große Verpflichtung, der es
85 gerecht werden muss. Uns Grünen liegt nichts ferner als das Motto „am deutschen
86 Wesen soll die Welt genesen“. Wir wollen Hilfe zur Selbsthilfe bieten, wir
87 wollen nicht ausbeuten, sondern wir wollen den Menschen vor Ort auf IHREM
88 richtigen Weg helfen und sie unterstützen. Die Möglichkeiten dazu bietet unsere
89 Partnerschaft mit Ruanda, es ist an der Zeit, diese weiter mit Leben zu füllen
90 und auszubauen, zum Nutzen der Menschen dort, aber auch zum Nutzen des
91 Klimaschutzes sowie zur Unterstützung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

92 Wir wollen zeigen, dass es ein funktionierendes Gegenkonzept gibt! Und wir
93 müssen, nicht zuletzt auch und gerade im eigenen Interesse, mithelfen, dass die
94 vielen Milliarden, die allein Deutschland zur Verfügung stellen will, in eine
95 selbstbestimmte und nachhaltige Entwicklung investiert werden.

96 Der nächste Entwicklungsschritt in Afrika hat das Potential, ein gesamtes – das
97 fossile – Zeitalter zu überspringen und direkt in eine klimaneutrale Zukunft zu
98 führen, mit den lokal vorhandenen Ressourcen, mit den Menschen vor Ort, ihren
99 Kenntnissen und Fähigkeiten und mit ausgereiften Technologien, die es vielfach
100 nur gibt, weil wir GRÜNE zu Beginn dieses Jahrtausends den Mut hatten, in die
101 Energiewende einzusteigen: mit dem EEG wurde die Nachfrage nach Solarpanels,
102 Windenergie- und Biomasseanlagen angekurbelt; die daraufhin einsetzende
103 Massenfertigung hat die Herstellungspreise um bis zu 90% (seit 2000) gesenkt.

104 Die Rheinland-Pfälzer*innen können sich mit ihrem besonderen Erfahrungsschatz
105 von 35 Jahren Partnerschaft mit Ruanda einbringen und die Fortentwicklung
106 betreiben. Mit einem eigenständigen Profil unter dem Dach „weltweiter
107 Klimaschutz“ wollen wir GRÜNE eine starke Position und Rolle innerhalb der
108 Landes- und Bundespolitik entwickeln. Deshalb werden wir einen Schwerpunkt im
109 Hinblick auf die positive Besetzung dieser Thematik „wirtschaftliche Entwicklung
110 mit afrikanischen Staaten auf Augenhöhe“ entwickeln und dafür sorgen, dass
111 unsere Rolle als international handelnde politische Kraft sichtbar und hörbar
112 wird.

113 Der Energieverbrauch pro Kopf in Ruanda ist einer der niedrigsten der Welt.
114 Lediglich 18 Prozent der Bevölkerung haben Zugang zu Elektrizität, in ländlichen
115 Gebieten sogar weniger als 2 Prozent. Ein Großteil der Elektrizität wird aus
116 Wasserkraftwerken gewonnen. Trotzdem musste das Land bisher Energie importieren,
117 vor allem Schweröl und Diesel. Aber die Bevölkerung wächst rasant und damit auch
118 der Bedarf an Energie. Die Elektrizitätsnetze sind oftmals veraltet und
119 störanfällig. Stromausfälle sind immer noch an der Tagesordnung. Über 95 Prozent
120 des ruandischen Energiebedarfs werden bislang von den traditionellen
121 Brennstoffen Holz bzw. Holzkohle gedeckt – überwiegend für Kochzwecke in den
122 ländlichen Haushalten. Die geht einher mit großflächigen nicht nachhaltigen
123 Rodungen und CO₂ Emissionen bei der Produktion von Holzkohle.

124 Weitere Unterstützungsmöglichkeiten sehen wir an den Stellen, wo die Hilfe
125 schnell Früchte tragen wird:

126 „Secondary Cities“: Mit den „Secondary Cities“ gibt es für Ruanda einen Plan,
127 jenseits der Hauptstadt Kigali in den vier Provinzen klimaneutrale Städte
128 (Wohnen und Gewerbe) in der Größenordnung von je ca. 50.000 Einwohner/innen zu

errichten. Damit sollen einerseits die Streusiedlungen von den Hügeln durch geregelte Ansiedlungen mit Ver- und Entsorgung ersetzt werden und gleichzeitig so landwirtschaftliche Flächen auf den Hügeln und in den Flusstälern geschaffen werden. Über die Selbstversorgung hinaus soll eine Landwirtschaft entwickelt werden, die auch Produkte für den heimischen und regionalen Markt produziert. Einhergehen soll das mit einer flächendeckenden beruflichen handwerklichen Ausbildung. „Secondary Cities“ liegen als Konzept von Ruanda erarbeitet vor und warten auf die Umsetzung.⁴ Trotz des aus strukturpolitischer Sicht gesehenen positiven Ansatzes, gibt es dagegen auch Bedenken. Erfahrungen aus anderen afrikanischen Ländern (z.B. Südafrika) zeigen, dass die praktische Umsetzung mit Zwangsumsiedlungen und einer schlechten Planung eingehen kann. Solche Plansiedlungen scheitern aber häufig daran, dass funktionierende soziale Gemeinschaften in den Ursprungssiedlungen auseinandergerissen werden. Ferner werden solche Plansiedlungen häufig an vollkommen ungeeigneten Stellen errichtet und sind dauerhaft nicht lebensfähig. Die Anforderungen an die ruandische Regierung zur Einhaltung der Menschenrechte und anderer Standards sind hoch, wenn dieses Projekt unterstützt werden soll.

Beispiel Energieversorgung: Die Regierung setzt für die Zukunft auf eine dezentrale und erneuerbare Energieversorgung. So hat das ruandische Infrastrukturministerium 333 Stellen benannt, an denen kleine und Mikro-Wasserkraftanlagen sinnvoll sind. Deren Erzeugung soll weitgehend in das nationale Stromnetz eingespeist werden. Schnell ausbaufähig sind vor allem autonome Anlagen („Off-Grid“), mit denen entlegene ländliche Gebiete mit Strom versorgt werden sollen.

Bei Photovoltaik-Anlagen hat Ruanda in Ostafrika bereits die Nase vorn: Anfang 2015 konnte mit 8,5 MW die größte Anlage dieser Art in Ostafrika eingeweiht werden. In Verbindung damit ist das weltweit größte dezentrale Strom-Speichersystem in Bau. Damit sollen bei Stromausfällen die Wasserpumpen eines Landwirtschaftsprojektes weiter versorgen werden. Neben diesem Großbetrieb wird die Nachfrage nach Photovoltaik-Technik bislang vornehmlich von ländlichen Gesundheits- und Erziehungsinstitutionen getrieben, die anders nicht mit Strom versorgt werden können.

Ruanda hat ferner ein Windkraftpotenzial, das für Pumpanlagen, Mühlendienste und die allgemeine Stromversorgung genutzt werden kann. Studien sind verfügbar, eine erste Windmühle steht bereits am Mount Jali. Hinzu kommt ein geothermisches Potenzial zwischen 170 bis 340 MW. Zur Erreichung der Ziele von Paris ist ein Umbau der weltweiten Energiesysteme notwendig. Dies kann nur gelingen durch internationalen Wissensaustausch und Kooperation unter Berücksichtigung lokaler Bedingungen und Herausforderungen. Deutschland trägt dabei auch globale Verantwortung.

Die riesigen – gesundheitsbedrohenden wie klimaschädlichen – Mengen an Methangas aus dem Kivu-See⁵ sollen zur Energiegewinnung genutzt werden⁶. Damit würde sich deren klimaschädliches Potential um ca. 96% verringern und die mittelfristig drohende eruptive Freisetzung größerer Gasmengen gebannt werden. Technisch ein kompliziertes und schwieriges, aber notwendiges Vorgehen, bei dessen sicherer Durchführung die besten Fachkräfte der Welt gebraucht werden.

Rheinland-Pfalz mit seiner langjährigen Partnerschaft zu Ruanda hat gute Voraussetzungen, Ruanda bei der Entwicklung einer dezentralen, klimafreundlichen

177 und nachhaltigen Energieversorgung zu unterstützen. Wir können dabei helfen,
178 dass sich Ruanda zu einem klima- und energiepolitischen Leuchtturm in Afrika
179 entwickelt.

180 Beispiel Bildung und Wissenschaft: Entwicklungspolitik und nationale Politiken
181 müssen sich stärker um die Unterstützung eines leistungsfähigen, nachhaltigen
182 und inklusiven Privatsektors vor Ort bemühen, der Wertschöpfung in den
183 afrikanischen Ländern ermöglicht und die Bevölkerung mit menschenwürdigen
184 Arbeitsplätzen versorgt. Zur Entwicklung von Infrastruktur und zur Finanzierung
185 einer auf CO₂-Vermeidung orientierten Wirtschaft müssen afrikanischen Staaten
186 die erforderlichen und zugesagten Finanzierungen bereitgestellt werden.

187 Dabei stellt sich für die afrikanischen Länder die Frage, welches industrielle
188 Normensystem übernommen wird, das US-amerikanische oder das europäische. Die
189 schrittweise Übernahme und Implementierung der EU Normenfamilie in die
190 technischen und wirtschaftlichen Abläufe in Afrika hat eine systematische
191 Wirkung für eine planbare wirtschaftliche und infrastrukturelle Entwicklung in
192 Afrika und deren erleichterten Zugang zu den weltweiten Märkten.

193 Deutschland und die EU Afrika müssen außerdem durch Bereitstellung und
194 Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen für
195 klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Umbau zu einer
196 nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen.

197 Ruanda ist ein kleiner aber hocheffizienter und gut vernetzter afrikanischer
198 Zentralstaat (weitreichendes Glasfasernetz), mit einer gut ausgebildeten jungen
199 Bevölkerung (12 Pflichtschuljahre), wenig sonstigen klassischen Rohstoffen (im
200 Unterschied zum umkämpften Kongo) und wirksamer Müllvermeidung (gesetzliches
201 Plastiktütenverbot seit Jahren und dessen konsequenter Umsetzung). Die - im
202 afrikanischen Vergleich - geringe Korruptionsrate (zweitbesten Platz im
203 afrikanischen Ranking) und eine hohe Effizienz der Staatsorgane sowie einer seit
204 1994 deutlich verbesserten inneren und äußeren Sicherheit und einer
205 Aufgeschlossenheit gegenüber deutschen und europäischen Unternehmen können
206 Ruanda zum Türöffner werden lassen.⁷ Allerdings ist Ruanda auch im Jahr 2017 noch
207 kein Vorzeigeland afrikanischer Demokratie. Presse und Opposition werden
208 unterdrückt, Präsident Kagame regiert autoritär und steht durch die Ausbeutung
209 der östlichen Kongogebiete international in der Kritik.⁸

210 Schlussfolgerungen

211 Konkret fordert die LDV der rheinland-pfälzischen Grünen, dass:

- 212 • die Bundesregierung die Klimakrise als Fluchtursache anerkennt,
- 213 • die Bundesregierung die humanitäre Hilfe für Afrika erhöht sowie zügig die
214 Ausgaben für Entwicklungszusammenarbeit auf ein Niveau anhebt, das den
215 europäisch und international vereinbarte Ziele entspricht und ihre
216 Zusammenarbeit zugleich besser mit den anderen Industriestaaten und
217 internationalen Organisationen koordiniert,
- 218 • die Bundesrepublik und die EU Afrika durch Bereitstellung und
219 Zusammenarbeit beim gemeinsamen Aufbau von Technologiekompetenz und Wissen

für klimabedingte Anpassungsmaßnahmen, Emissionsreduktion und den Aufbau einer nachhaltigen Wirtschaftsweise unterstützen,

- die bundeseigene Förderbank KfW aufhört, Kohlekraftwerke zu finanzieren, sondern stattdessen ihr Engagement für erneuerbare Energien weiter verstärkt,

- die Bundesrepublik den für Deutschland versprochenen Anteil von etwa 10 % am 100 Mrd. US-Dollar Fonds für die internationale Klimafinanzierung⁹ bereitstellt,

- Rheinland-Pfalz weiterhin seinen Anteil zum Erreichen der Klimaschutzziele erbringt, für den die Landesregierung mit dem Klimaschutzgesetz und dem Klimaschutzkonzept die Grundlagen gelegt hat, und

- Rheinland-Pfalz im Rahmen der erfolgreichen Partnerschaft mit Ruanda einen Fokus auf den Bereich Erneuerbare Energien, Umwelttechnologie und Ressourcenschutz legt, um dem Land bei auf dem Weg zu den Erneuerbaren Energien zur Seite zu stehen.

Wir GRÜNE denken über den Tellerrand hinaus. Daher sehen wir die Notwendigkeit der Einbeziehung Afrikas in alle Maßnahmen zum Klimaschutz. Wir haben die Ideen dazu, die Kontakte und die Menschen. Wir streben daher eine breit aufgestellte Teilnahme grüngerleiteter Institutionen und Ministerien, aber auch von Fachleuten und Entwicklungspolitiker*innen aus RLP an der für 2017 angekündigten Afrikakonferenz in Berlin an.

¹ <http://onlinelibrary.wiley.com/doi/10.1111/gcb.12586/abstract>

² Es besagt, dass die klimaschädlichen FKW-Gase drastisch reduziert werden sollen. http://www.focus.de/politik/ausland/ein-halbes-grad-weniger-erderwaermung-weltgemeinschaft-schafft-meilenstein-fuer-den-klimaschutz-und-niemanden-interessiert-s_id_6078573.html

³ <http://www.heute.de/klimakonferenz-in-ruanda-einig-fkw-wird-reduziert-umweltministerin-hendricks-zufrieden-45648874.html> wir

⁴ Develop Rwandan Secondary Cities as Model Green Cities with Green Economic Opportunities, Kigali, 20 March 2014, Okju Jeong, Ph.D., Rwanda Country Manager, Global Green Growth Institute

⁵ <http://www.taz.de/!5316974/>

⁶ Neue Märkte – Neue Chancen, Ein Wegweiser für deutsche Unternehmer, Ruanda, S. 5

⁷ Neue Märkte – Neue Chancen, Ein Wegweiser für deutsche Unternehmer, Ruanda

⁸ <http://www.swr.de/unternehmen/karriere/cmt/wie-gefaehrlich-ist-ruanda/-/id=14848720/did=18833218/nid=14848720/10h760k/index.html>

⁹ <http://www.deutschemklimafinanzierung.de/einfuehrung-klimafinanzierung-aus-deutschland/>

Begründung

Begründung folgt mündlich.